

ABGEORDNETE

CDU

Wein und Ritterkreuz

Wie ein Gastarbeiter um die Lizenz für einen Deutschland-Job, kam CDU-MdB Walter Gaßmann vor den CDU-Delegierten des südwürttembergisch-hohenzollerischen Wahlkreises 197 (Balingen) um Verlängerung seines Bundestags-Mandats ein: „Worum ich Sie heute bitten möchte, ist im Grunde nichts anderes als eine Art von Arbeits-erlaubnis.“

Gaßmann, 62, hat zwar schon Arbeit genug. Er ist

- ▷ Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung und stellvertretendes Vor-



CDU-Abgeordneter Gaßmann*
Silvester im September

standsmitglied der Daimler-Benz AG,

- ▷ Vorstandsvorsitzender des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger,
- ▷ Vizepräsident der Internationalen Vereinigung für Soziale Sicherheit und
- ▷ Verwaltungsratsmitglied der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Aber nach achtjähriger Zugehörigkeit zur Bonner CDU-Fraktion sieht der Komtur des katholischen Ritterordens vom Heiligen Grabe seine Aufgabe auch weiterhin darin, „den Wählern klaren Wein einzuschenken“.

Die Mehrheit der CDU-Wahlkreisdelegierten jedoch verabschiedete den Wein-Einschenker Anfang Mai und holte sich einen anderen Wirt an die Balingen Wahlkreis-Theke.

Dort hatte sich Gaßmann seit 1957 per Post beliebt zu machen versucht. In 216 Gemeinden des Wahlkreises erhielt jedermann, der 75, 80, 85, 90 und noch mehr Jahre alt wurde oder ein Arbeits-

* Im Ordensmantel eines Ritters vom Heiligen Grabe.

Dienst- oder Ehejubiläum feiern konnte, von MdB Gaßmann ein Glückwunschtelegramm — 12 000 Telegramme waren es in einer einzigen Wahlperiode.

Ferner bewältigte Gaßmann laut eigener Statistik noch einen Schriftverkehr von 18 500 Briefen und verschickte an einen sorgsam ausgewählten Personenkreis außerdem laufend Rundschreiben — bislang insgesamt mehr als 60 000 Stück.

„Ich habe“, rühmte sich der Emsige, „hierfür ... vor allem meine Bezüge als Bundestagsabgeordneter zur Verfügung gestellt, weil ich nicht von der Politik, sondern für die Politik leben will...“

Diese Politik offenbarte sich in seinen Wahlkreis-Rundbriefen als eine Mischung aus christlichem Pathos und kritischem Patriotismus. Er predigte: daß „Friede in all unsere Gemeinschaften und in die Herzen jedes einzelnen einkehre, auf daß wir die Botschaft der Liebe und der Freude vernehmen und Gott zuallererst unsere Verehrung erweisen“. Und er rügte: „Es ist nun allmählich so weit, daß wir vor den politischen (Panorama-) Fernsehsendungen aus roten Stadtstaaten warnen müssen, weil sie gemeingefährlich sind.“

Doch während sich des Automobil-Imperiums Daimler-Benz einziger Mann im Bundestag noch über „starke Resonanz“ seiner „Arbeit im Wahlkreis“ freute, formierte ein Christdemokrat und Parlamentskollege, der 19 Jahre jüngere Leutnant a. D., juristische Doktor und Baustoffunternehmer Hermann Schwörer, eine Anti-Gaßmann-Front: Er brach einen „offenen Bruderzwist in den eigenen Reihen“ (so der „Schwarzwälder Bote“) vom Zaun, um seinen Parteifreund auszubooten.

Schwörer war 1957 bei der Kandidatenauslese gegen Gaßmann unterlegen, aber ein Jahr später für einen verstorbenen Abgeordneten in den Bundestag nachgerückt. 1961 rutschte der Aktivist der Jungen Union gerade noch als letzter baden-württembergischer CDU-Landeslistenbewerber ins Bonner Parlament.

Diesmal aber reflektierte Schwörer auf das Direktmandat in der sicheren CDU-Domäne Balingen (CDU-Erststimmenanteil 1961: 53,6 Prozent).

Den Gaßmann, der ihm dabei im Wege stand, mauerte der millionenschwere Baustoffunternehmer Schwörer zielstrebig ein. Er mobilisierte die Junge Union und sicherte sich durch Gründung einer parteieigenen Mittelstandsvereinigung sowie eines Wirtschaftsausschusses weitere Delegierten-Stimmen.

Als die Mandats-Rivalen dann am 8. Mai bei der Nominierungskonferenz zum Endspurt antraten, war die Verschwörung für Schwörer perfekt: Selbst Gaßmanns dezenter Hinweis, Papst Paul VI. habe ihm für frommes Wirken das Ritterkreuz des päpstlichen Silvester-Ordens verliehen, nützte nichts mehr. Mit 28 von 50 Stimmen kürten die CDU-Wahlkreisdelegierten den ritterkreuzlosen Schwörer zum Balingen Kandidaten und geboten dem Volksvertreter Gaßmann Silvester im September.

Mit einem Landeslistenplatz kann Walter Gaßmann ebenfalls nicht mehr rechnen.

MANAGER

GEWERKSCHAFTSBANK

Homburg und Stetson

Auf dem Anwesen Am Hochwehr Nr. 74 im Frankfurter Vorort Ginnheim springt jeden Morgen vor Dienstbeginn ein 1,90 Zentner schwerer Mann in den Swimming-pool. Der Frühsportler Walter Hesselbach, 50, Generaldirektor der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), hat unter Deutschlands Großbankiers die beste Kondition.

Der einstige Boxer und Judoka boxte und schob seine BfG in den letzten Jahren auf den vierten Rang unter Westdeutschlands Banken. Mit der verbalen Selbstzucht des gewachsenen



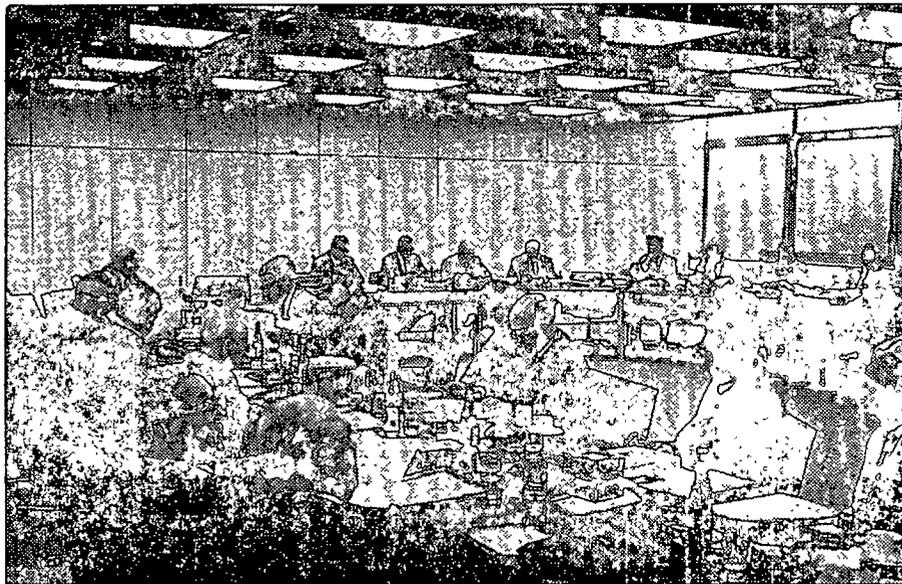
Bankdirektor Hesselbach
Kondition im Swimming-pool

Bankhalters eröffnete Hesselbach seinen Aktionären, ausschließlich Abgesandten der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften („Im Konsum kaufen kluge Kunden“), unlängst einen der erfreulichsten Jahresabschlüsse seit Bestehen der BfG.

Im Geschäftsjahr 1964 wuchsen die Sparkonten des Gewerkschaftsinstituts um 23,8 Prozent, bei den Sparkassen hingegen vergrößerten sich die Einlagen nur um 15,2 Prozent. Während die Kreditriesen Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank ihre Bilanzsummen nur um durchschnittlich sechs Prozent zu steigern vermochten, meldete Hesselbach ein Plus von gut elf Prozent. Die Bilanzsumme der Bank betrug 4,38 Milliarden Mark.

Ideologie- und Klassenkampf wurden im BfG-Hochhaus an der Mainzer Landstraße durch Homburg und Stetson ersetzt. In Hesselbachs Wartezimmer liegen nur bürgerliche Zeitungen auf — keine DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ und auch nicht die SPD-Gazette „Vorwärts“. Die schallschluckenden Lederwände, auf denen in zarten Farben kleine und große Tiere zu sehen sind, atmen Liquidität und Bonität. Die Gesinnung ist so gediegen wie das Mobiliar.

Der schwergewichtig-joviale Hausherr mit dem Mitgliedsausweis der



BfG-Hauptversammlung in Frankfurt: „Unser Geld ...“

SPD läßt kreditsuchende Kapitalisten die Herkunft des Pumps vergessen. Hesselbach: „Unser Geld stinkt nicht mehr.“

Hesselbach wacht mittlerweile über 72 Niederlassungen und 34 Depositenkassen. Seine BfG ist an höchkarätigen Unternehmen wie der Allgemeinen Hypothekenbank, der Allgemeinen Deutschen Investmentgesellschaft, der Bausparkasse Badenia und der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften (GEG) beteiligt. In Paris hört eine Banque Hypothécaire Européenne, in Amsterdam die Hollandsche Koopmansbank und in Basel die Internationale Genossenschaftsbank auf Hesselbachs Kommando.

Im vergangenen Jahr erwarb die BfG Beteiligungen an den gewerkschaftseigenen Deutschen Bauhütten, kaufte für diese Firma die Mehrheit an der Baugesellschaft Boswau & Knauer, übernahm die Majorität an dem früheren Münemann-Institut Investitions- und Handels-Bank sowie ein Aktienpaket der Union Financière de Paris, dem sogenannten Rothschild-Klub.

Zu Hesselbachs Kunden zählen heute der Düsseldorfer Röhrenkonzern Phoenix-Rheinrohr, die Kasseler Maschinenfabrik Henschel, die Autofirmen BMW und Ford sowie Zechenbetriebe wie Harpen und Eschweiler. Sogar Krupp und Rothschild finden nichts dabei, mit der Arbeiterbank Geschäfte zu machen. Kommentar des „Handelsblatts“: „Noch feiner geht es nicht.“

Den Aufstieg zum Kreditgrossisten der Industrie danken die Gewerkschaften dem Wirken ihres Star-Bankiers Walter Hesselbach, der 1958 die Bankleitung übernahm. Unter ihm errang das Unternehmen ein Renommee, das seine Gründer bestürzt hätte: Sie sahen in ihrem Geldinstitut eine „Klassen-Bank“, ein Kampfinstitut gegen die kapitalistische Geldherrschaft.

Ihre mühsam ersparten Groschen wollten die organisierten Werktätigen zu keiner Zeit ihren Gegnern anvertrauen. Schon zu Anfang der Weimarer Republik gründeten sie deshalb eine Bank. Da die Einlagen jedoch „keinen Risiken ausgesetzt“ werden durften, blieb der Mehrwert aus und die „Deutsche Kapitalverwertungsgesell-

schaft mbH“ nur ein proletarischer Sparstrumpf, den später Robert Leys Arbeitsfront plünderte.

Nach Krieg und Währungsreform plädierte der DGB-Ideologe Viktor Agartz für eine moderne Gewerkschaftsbank, denn: „Wir müssen den Teufel mit Beelzebub austreiben.“ 1950 gründeten Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften sechs voneinander unabhängige Gemeinwirtschafts-Banken.

Die Aktionäre zählen zu Westdeutschlands liquidester Gesellschaftsschicht. Die 16 im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften kassieren von ihren 6,5 Millionen Mitgliedern jährlich rund 400 Millionen Mark Beiträge, und jede Lohnerhöhung bringt mehr Geld in die Gewerkschaftskasse. Da die organisierten Arbeiter stets friedfertig waren und die sozialistische Lust am Streik bezähmten, wuchs der liquide Bodensatz ihrer Banken von Jahr zu Jahr. BfG-Chef Hesselbach kassiert jährlich allein zum Zweck der „vermögenswirksamen Anlage“ 40 Millionen Mark Beitrags-geld.

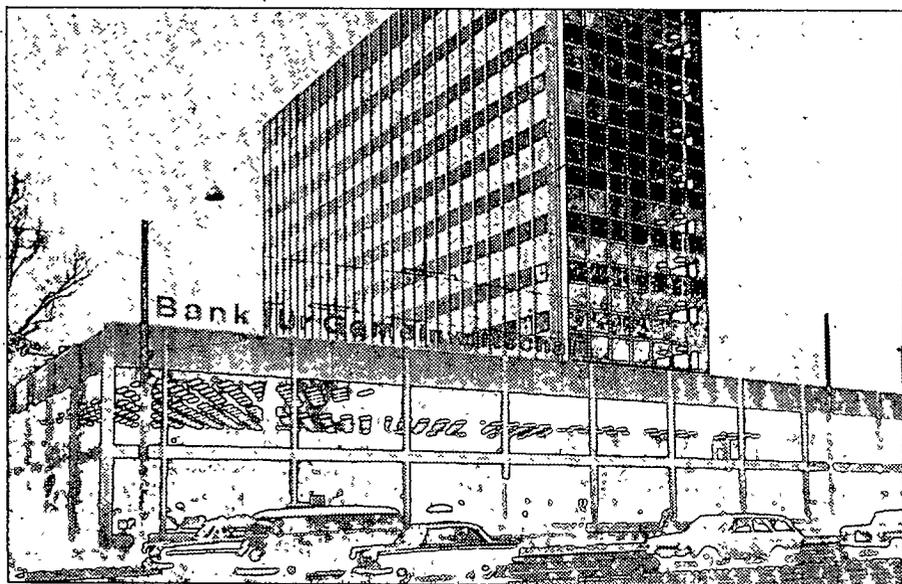
4,2 Prozent des BfG-Kapitals von 120 Millionen Mark sicherte sich die Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften (GEG), 21 Prozent der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB); die restlichen 74,8 Prozent wanderten in die Tresore der DGB-Gewerkschaften. Arbeitnehmer - Chef Ludwig Rosenberg präsidiert dem BfG-Aufsichtsrat.

Zwar bestimmt die Satzung eindeutig, daß die Gewerkschaftsbanken „alle bankmäßigen Geschäfte“ betreiben sollten, aber die Beitragszahler im Land sahen in ihren Geldinstituten zunächst vor allem einen Rammbock gegen die Privatwirtschaft.

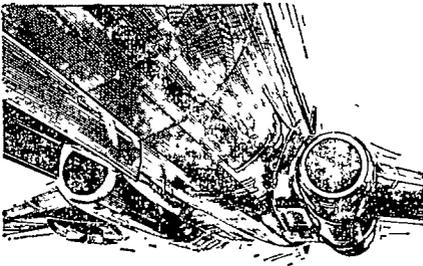
Henry Everling, Pionier der Konsumgenossenschaften, verlangte einst ganz ernsthaft „Verzicht auf Gewinnstreben“. Der ehemalige DGB-Wirtschaftspolitiker Hans vom Hoff forderte, die Gemeinwirtschaftsbanken sollten „ganz bewußt auf die neue Ordnung des wirtschaftlichen Bestrebens hinwirken“. Eine Bielefelder Chemiefunktionärin machte ihren Mitgliedern die Taktik so deutlich: „Von den Gewerkschaftsbanken werden Gelder selbst an Industriebetriebe verliehen.“ Aber: „Durch die Herausziehung von gegebenen Krediten innerhalb von 48 Stunden“ könnte die Bank dann alle Forderungen der Gewerkschaften mühelos durchpauken.

Die Folge war, daß sich die Unternehmer hüteten, bei den Gemeinwirtschaftsbanken in die Kreide zu gehen. Ohne einheitliche Geschäftsdirektiven und lukrative Großkunden rotierten die Arbeitergroschen in den Safes der sechs Gewerkschaftsbanken. Da sich überdies nicht genügend Bankfachleute als Mitarbeiter fanden, blieben Pannen nicht aus: Die Hannoversche Gemeinwirtschaftsbank beispielsweise konnte 1956 vor dem Konkurs nur durch eine Kapitalspritze des DGB bewahrt werden, nachdem sie ihr gesamtes Kapital bei der Pleite eines Autohändlers eingebüßt hatte. Viktor Agartz bespöttelte die Kreditgenossen: „Immer diese Spar-kassenleiter-Visagen auf Posten von Bankdirektoren.“

1958 drängten die Gewerkschaften auf die Fusion aller sechs Institute. Am



...stinkt nicht mehr“: Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt



**Die neue Linie über Prag
14.15 Uhr ab Frankfurt/Main**

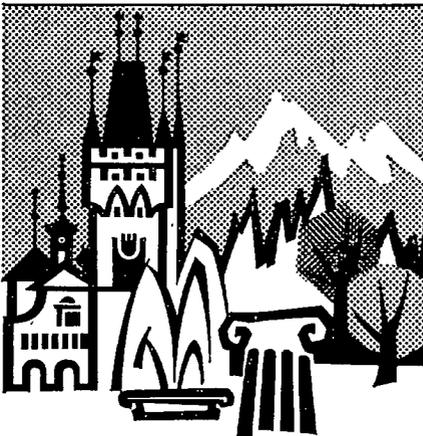
CSA
ČESKOSLOVENSKÉ AEROLINIE

Nur CSA fliegt dienstags und donnerstags mit den schnellen TU 124 Jets in 45 Minuten direkt von Frankfurt/Main nach Prag und weiter in 40 Metropolen in 4 Kontinenten

Nähere Auskünfte, auch über Luftfracht, bei

CSA Frankfurt am Main
Neue Mainzer Straße 24
Telefon: 29 30 41 - 43

der DEUTSCHEN LUFTHANSA oder bei Ihrem IATA-Reisebüro



Die weltberühmten Bäder und Kurorte der Tschechoslowakei liegen direkt vor Ihrer Tür

In wenigen Stunden schon, ob mit Flugzeug, Auto, Bus oder Bahn, sind Sie am Ziel Ihrer Wünsche und werden herzlich empfangen.

- | | |
|--------------|--------------------|
| Karlsbad | Gräfenberg |
| Marienbad | Pistyan |
| Franzensbad | Bad Sliac |
| Teplitz | Johannisbad |
| Podebrady | Dolní Lipová |
| Luhacovice | Trentschin-Teplitz |
| Joachimsthal | Bad Darkov |

Goethe, Schiller, Beethoven, Wagner, Chopin und viele andere berühmte Kurgäste fanden hier schon Erholung, Heilung oder Genesung.

Buchung durch Ihr Reisebüro.

Auskunft erteilt gern das
Tschechoslowakische Verkehrsbüro
Frankfurt/Main, Neue Mainzer Straße 24
Postfach 16228, Tel.: 29 30 41-43 und
55 08 11-13



selben Abend, als sie in der Dortmunder Westfalenhalle 25 000 Kohlehauer und Stahlkocher gegen die Konzentration im Mannesmann-Konzern demonstrieren ließen, beschlossen sie ohne viel Aufhebens die Konzentration ihrer Geldfirmen zum Konzern „Bank für Gemeinwirtschaft“.

Mit der Verschmelzung wurde Walter Hesselbach betraut, der im Mai 1958 in den Vorstand der Frankfurter Gemeinwirtschaftsbank eingerückt war. Anfang 1959 bestellten ihn die Aktionäre zum Generaldirektor. War die Geschäftspolitik der Gewerkschaftsbanken bis dahin aus Zufall unideologisch, so wurde sie es unter Hesselbach aus Prinzip.

Zur Zentrale des BfG-Konzerns erwählte sich der neue Chef Frankfurt, nicht Düsseldorf, wo der DGB-Vorstand residiert. Hesselbachs Begründung: „In Düsseldorf würde ich bei jedem Empfang hinter dem DGB-Vorsitzenden stehen; das wäre kein gutes Bild für eine Bank, die Geschäfte machen will. Wenn ich aus Frankfurt komme, bin ich als Bankier da.“

Für seine Karriere brachte Hesselbach die denkbar besten Voraussetzungen mit. Er ist nicht allein gelernter Bankmann, zudem verfügt er über Gewerkschaftsausweis, SPD-Partei-buch sowie über „eine proletarische Großmutter“ (Hesselbach).

„Im häßlichsten Haus Deutschlands“ kam Hesselbach auf die Welt: Frankfurt, Falkstraße 108. Vater Wilhelm arbeitete, nach dem Besuch einer Dienerschule, als Butler beim Bankier Dreyfus. Mutter Hesselbach hatte er dort als Dienstmädchen kennengelernt. Die Eltern waren Sozialdemokraten und überzeugt links, und der junge Walter gewann seine erste Lebenskenntnis: „Links bedeutet für mich anständig.“

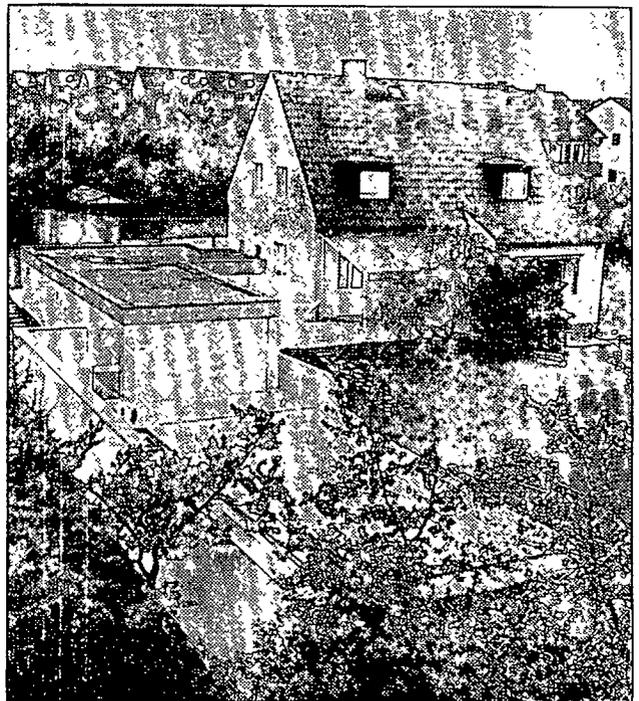
Der Untersekundaner des Wöhler-Gymnasiums im Frankfurter Westend trat in die Sozialistische Arbeiterjugend ein und gab die Zeitschrift „Der Schulkampf“ heraus. Hingegen lehnte die Metallarbeiterjugend ein Aufnahme-gesuch des Gymnasiasten ab.

Sein Wunsch, Lehrer zu werden, erwies sich nach der NS-Machtübernahme als unrealisierbar: Ende 1932 hatte der Abiturient zwei Hitlerjungen krankenhausreif geschlagen, und die neuen Machthaber ließen seine Immatrikulation nicht zu. Als Stift ging er zur Dreyfus-Bank, wo der Vater inzwischen Kassenbote war, und absolvierte 1935 die Kaufmannsgehilfen-Prüfung. Anschließend ging er zur Deutschen Ueberseeischen Bank nach Berlin. Dort wurde ihm die dringende Empfehlung zuteil, die Bank zu verlassen — Hesselbach hatte sich geweigert, in die Deutsche Arbeitsfront einzutreten.

Der Arbeitslose machte sich in Frankfurter Standesämtern an Jungvermählte heran, um ihnen Lebensversicherungen zu verkaufen. Noch heute stöhnt er: „Auf 200 Ehen kam eine Versicherung.“ Dann trat er in die Bankabteilung der chemischen Fabrik Merck in Darmstadt ein und organisierte sich in der freiwilligen Feuerwehr. Hesselbach: „Anti-Nazis waren damals bei der Feuerwehr.“

1939 schaffte der Diener-Sohn den Sprung zur Herrschaft. Als Sekretär des Millionärs Georg von Opel kümmerte er sich um Autohäuser, Tankstellen und Jagdbesitz. Abends besuchte er als Externer die Universität oder die Sporthalle. Als Mittelgewichtler boxte er in der Südwest-Staffel, im Judo brachte er es zum Frankfurter Jugendmeister.

Obwohl „absolut kv (kriegsverwendungs-fähig)“, rief ihn die Wehrmacht nicht zu den Fahnen, sondern steckte



Hesselbach-Haus in Ginnheim: Umgang mit Rothschild

ihn vorerst in die „Ersatzreserve II“: Sein Verfahren wegen der Hitlerjungen-Prügelei war wieder aufgewärmt worden. Trotzdem ward ihm später die Gelegenheit zuteil, als Infanterist vier Jahre lang an der Ostfront zu kämpfen.

Anfang 1945 ging Unteroffizier Hesselbach von der Fahne. In den Hochsavoyen schuftete er als landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter, als Kriegsgefangener der Franzosen gab er im Depot 143 „Die Parole“ heraus, in denen er Boxberichte publizierte. Im Sommer 1947 war er wieder zu Hause.

Der „erste Gang“ führte ihn, nachdem er seine Familie wiedergefunden hatte, zwecks Einschreibung zum Partei-büro der SPD und zur Gewerkschaft. Sein Brot verdiente er als Inspektoren-Anwärter der hessischen Landeszentralbank, die ihn 1952 in den Vorstand holte.

Im gleichen Jahr rief Frankfurt den aufstrebenden Genossen in seinen Stadtrat. Hier verwaltet er ehrenamtlich das städtische Weingut Hochheim, einen 100-Morgen-Besitz. Seinen Gästen

in der Bank kredenzt er Bestlagen des „Hochheimer Rauchlochs“.

Für den Chef einer der größten deutschen Banken sind Hesselbachs Einkünfte sehr mäßig: „Nach den Steuern bleiben noch 100 000 Mark“. Sein Einfamilienhaus steht in Frankfurt-Ginnheim, eine für großhubige Manager beinahe indiskutable Adresse.

Auch mit standesgemäßer Freizeitbewältigung vermag der Bankier nicht zu glänzen. Während etwa Hermann Josef Abs von der Deutschen Bank sich bei niveauvoller Hausmusik in seiner Kronberger Villa erholt, Trinkaus-Bankier Kurt Forberg gar selbst das Cello streicht und Hans Rinn von der Dresdner Bank selbstgezeichneten Einhufern über die Kruppe fährt, regeneriert Hesselbach sein Manager-Potential beim Besuch von SPD-Bezirksversammlungen. Dabei läßt ihn die Angst nicht los, die alten Sozis könnten ihn mit „Sie“ ansprechen oder ihn gar „Herr Direktor“ schelten. Hesselbach: „Wenn das plötzlich einer täte, wüßte ich, daß ich falsch liege.“

Seine drei Töchter sind von Vaters Art: Elke, 21, arbeitete neun Monate in Israel in einem Kibbuz und ist nunmehr Angestellte und Betriebsrat in der Dresdner Bank; Petra, 16, besucht die Obersekunda, ist Judomeisterin und möchte Lehrerin werden, und Hedwig, 10, drückt die Sexta-Bank, reitet und spielt nur mit Tieren.

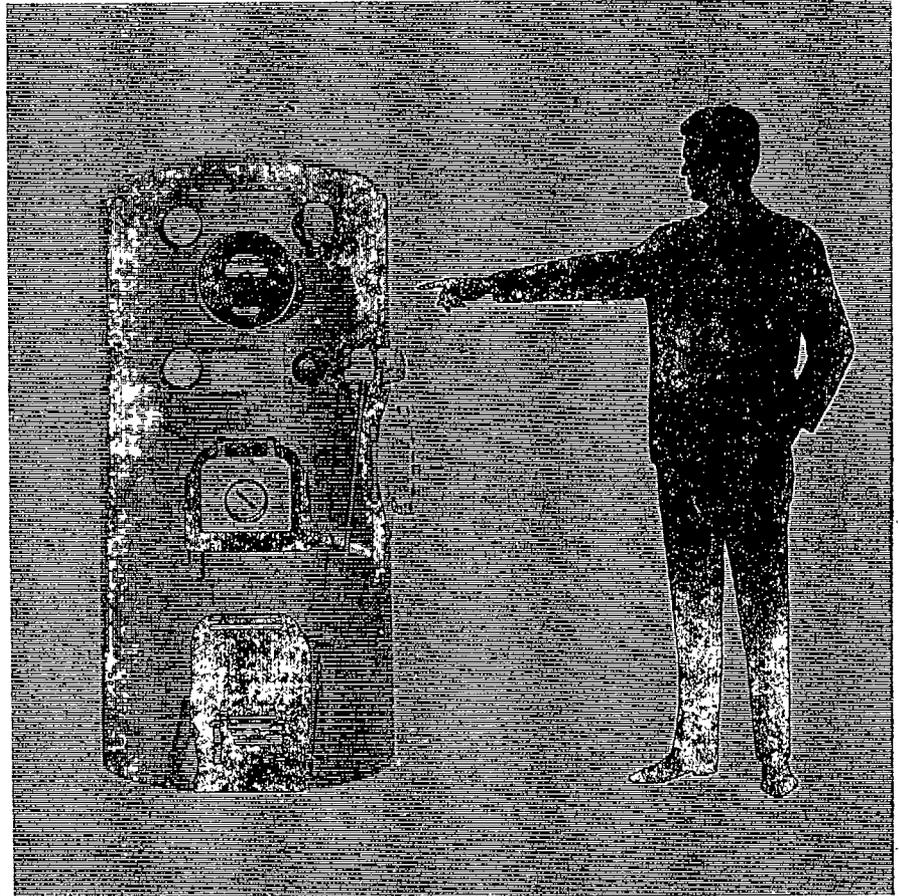
Obwohl die BfG als Hausbank der Konsumgenossen, des Wohnbau-Konzerns „Neue Heimat“ sowie der gewerkschafts- und genossenschaftseigenen Versicherungsgesellschaften „Alte Volksfürsorge“ und „Eigenhilfe“ auftritt, beanspruchen die Genossen nur 15 Prozent von Hesselbachs Kreditausleihungen. Der überwiegende Teil der Kredite fließt in die Wirtschaft. 1964 gingen 21,5 Prozent an den Groß- und Einzelhandel und 33 Prozent an Industrie, Handwerk und Gewerbe.

Der Kleinkredit-Kundschaft kommt die BfG mit einem Sozial-Zinssatz entgegen, der den arrivierten Geldhändlern Unbehagen bereitet. Während zum Beispiel die Deutsche und die Dresdner Bank für einen 1800-Mark-Kleinkredit mit zweijähriger Laufzeit 201 Mark Zinsen und Gebühren berechnen, macht es Hesselbach für 176 Mark. Bei Streiks gewährt die BfG Ratenpausen.

Geld für die Kapitalisten, damit sie Geschäfte machen können, Geld für die Gewerkschaften, die im Streikfall die Firmen stilllegen — Hesselbach nennt diesen Widerspruch ein „Odium der doppelten Vertrauenswürdigkeit“. Er versichert: „Wir sind nicht der verlängerte Arm der Gewerkschaften, wir sind nicht der Hammer des DGB.“

Die Privatbankiers indes wünschen mit Frankfurts angeblich roten Banken keine Gemeinsamkeit. Der Bundesverband des privaten Bankgewerbes, der 311 Geldinstitute einschließlich der drei Großbanken zu seinen Mitgliedern zählt, lehnte die Aufnahme der BfG ab, die daraufhin einen eigenen „Verband der Gemeinwirtschaftlichen Geschäftsbanken“ gründete.

Auch halten vor allem die Großbanken Hesselbach von den lukrativen Konsortialgeschäften bei der Ausgabe junger Industrieaktien weitgehend fern. Hesselbach verärgert: „Die Konzernchefs, die Aktien emittieren wollen, sind stets für eine entsprechende Beteiligung



Heizkessel und Warmwasserbereiter

Krupp-Kessel

Für alle Gebäudegrößen.

Wechselbrandkessel — ohne Umstellung für Öl/Gas und feste Brennstoffe.

Kundendienst — solange Sie wollen.

Komplettes Programm: Kessel, Schaltung, Pumpe und Regelgeräte.

Informationen erhalten Sie durch: Fried. Krupp Eisen- und Stahlhandel Essen, Altendorfer Str. 10

Verkauf und Einbau durch örtliche Zentralheizungsfirma.

Gleicher Kessel in:
Benelux,
England,
Frankreich,
Italien,
Österreich,
Schweiz.

der BfG. Aber sie wollen mit den privaten Großbanken keinen Streit.“

Die Bonner Christ- und Freidemokraten trauen dem Frankfurter Gewerkschaftsbank-Chef ebenfalls nicht über den Weg. Sie vereitelten seine Absicht, eine größere Beteiligung an der Ufa-Wochenschau zu erwerben, aus Furcht, Hesselbach werde in den Kinos SPD-Propaganda treiben.

Als vor einigen Monaten bekannt wurde, daß die Israelis den größten Teil ihres Außenhandels mit der Bundesrepublik von der BfG finanzieren lassen, setzte die Arabische Liga die Hesselbach-Familie auf die Schwarze Liste. Seine Transaktionen mit Israel bezeichnete der Boß als „dicke runde Geschäfte für beide Teile“. Mit Politik habe das nichts zu tun.

Er selbst, so versichert der Bankier, habe bisher nur einmal Bankgeschäfte mit der Politik vermennt. Als er erfuhr, daß einer seiner Kunden blutrünstige Kriegsliteratur produzierte, warf er ihn hinaus.

BUNDESWEHR

ABSCHIEDSGESUCH

An der Kette

Seine Vorfahren haben über Jahrhunderte hinweg deutschen Fürsten und Kaisern als Offiziere, vom Feldmarschall abwärts, treu gedient. Seine Sippe huldigt dem Grundsatz: Ein Dohna klagt nicht gegen den Staat.

Er selbst jedoch, Friedrich Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten, 32, Oberleutnant der Bundeswehr, liegt mit dem Staat seit über zwei Jahren in juristischer Fehde: Er will nicht länger Soldat sein.

Das Bundesverteidigungsministerium aber verwehrt dem Bürger in Offiziersuniform die Rückkehr in das zivile Leben. Der Oberleutnant habe sich, so das Ministerium, „auf Lebenszeit“ verpflichtet, mithin sei kein Grund vorhanden, „dem Mann entgegenzukommen“.

Und das Bayerische Verwaltungsgericht München dekretierte im Namen des Volkes, das Offizierskorps als „Grundlage der Bundeswehr“ wäre „erheblich gefährdet, wenn man gerade den jungen Berufsoffizieren... das uneingeschränkte Recht belassen würde, nach freiem Belieben jederzeit den Wehrdienst wieder zu quittieren“.

Als Graf Dohna, Angehöriger des „weißen Jahrgangs“ 1933, nach Abbruch seines Architektur-Studiums 1959 freiwillig zur Bundeswehr ging und sich im Januar 1960 für die Berufssoldaten-Laufbahn entschied, galt aber noch uneingeschränkt der erste Satz des Paragraphen 46, Absatz 3 des Soldaten-Gesetzes: „Der Berufssoldat kann jederzeit seine Entlassung verlangen.“

Erst als Dohna im Oktober 1960 zum Leutnant befördert wurde, hatten Bonns Parlamentarier die Bundeswehroffiziere per Gesetzesänderung schon an die Kette gelegt. Jetzt lautete der Satz: „Der Berufssoldat kann jederzeit seine Entlassung verlangen, der Berufsoffizier bis zum Ende des sechsten Dienstjahres als Offizier jedoch nur, wenn das Verbleiben im Dienst für ihn wegen persönlicher, insbesondere häuslicher; beruflicher oder wirtschaftlicher Gründe eine besondere Härte bedeuten würde.“

Die Offiziere wurden mithin kraft Gesetzes zum einzigen Berufsstand in der Bundesrepublik erhoben, der unter Androhung von Kriminalstrafen — wegen Fahnenflucht — gezwungen werden kann, zumindest sechs Jahre lang auf seinem Arbeitsplatz zu verharren.

Als Dohna im Januar 1963 seine Entlassung begehrte, glaubte er dennoch auf einen günstigen Entscheid hoffen zu dürfen. Schließlich wollte er nicht etwa aus Überdruß am soldatischen Beruf Zivillist werden, sondern aus — im neuen Gesetzestext zitierten — beruflichen und wirtschaftlichen Gründen: Sein Vater, Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten, 65, wollte den Erstgebore-



Oberleutnant Graf Dohna
Statt Entlassung Beförderung

nen als Nachfolger in den Dohnaschen Familienbetrieb einarbeiten.

Der Fürst, einst Gebieter über 7000 Hektar ostpreussischen Bodens und Herr des Familien-Stammsitzes Schloß Schlobitten, hatte 1961 mit Lastenausgleichsgeldern im badischen Lörrach ein Schnellreinigungs-Unternehmen gegründet, das rasch aufblühte und vergrößert wurde. Als er kränkelte, beschloß er, sich zur Ruhe zu setzen und die Leitung des wachsenden Betriebes seinem Sohn Friedrich zu übergeben.

Bald kam Graf Dohna, damals Oberleutnant in einem Pionierbataillon in Holzminden, um seinen Abschied ein. Das Gesuch wurde abgelehnt, eine Beschwerde verworfen. Begründung: Es liege keine „besondere Härte“ vor, wenn der väterliche Betrieb nicht sofort übernommen werde.

Statt Entlassung widerfuhr dem Oberleutnant Beförderung: Er wurde als Chef der Ausbildungskompanie 441 zum Pionier-Lehrregiment nach München versetzt.

Als dann freilich sein Düsseldorfer Anwalt Wolfgang von Buch im März 1964 einen neuen Antrag formulierte, verlor die Truppe die Geduld mit dem dienstunwilligen Grafen. Fernschriftlich teilte Dohnas Chef, Pionier-Oberst Schott, dem Bundesverteidigungsministerium mit, das Regiment halte „unter diesen Umständen“ den Oberleutnant als Kompaniechef „nicht mehr für tragbar“. Und: „Um Entscheidung wird gebeten.“

Bonn entschied, es sei zunächst „nichts zu veranlassen“. Dennoch wurde der im Urlaub weilende Dohna — ohne daß ihm Mitteilung gemacht worden wäre — am 25. März 1964 auf den Posten eines Materialoffiziers abkommandiert.

Der abgesagte Kompaniechef wurde fortan mit der Ausarbeitung eines Luftschutzplans beschäftigt. Außerdienstlich rüstete er zur Hochzeit mit Alexandra Gräfin Hahn von Burgsdorff und besorgte sich eine Wohnung in München.

Noch vor der Trauung am 13. Juni trafen ihn zwei neue Querschüsse: Aus Bonn kam die Nachricht, sein Entlassungsantrag sei abermals abgelehnt worden. Und vom Regiment erfuhr er, man wolle ihn als Materialoffizier nach Ingolstadt versetzen, weil er sich nach dem abgeschmetterten Abschiedsgesuch dort gewiß „wohler fühlen“ werde.

Dohnas Anwalt parierte mit vier Zügen: Er erhob in Bonn Beschwerde gegen die Verweigerung des Abschieds, klagte später vor dem Verwaltungsgericht München auf Entlassung und versuchte eine Einstweilige Anordnung durchzusetzen, wonach sein Mandant bis zur Entscheidung des Rechtsstreits unter Fortfall der Bezüge freizustellen sei. Außerdem wandte er sich wegen der geplanten Versetzung nach Ingolstadt an den Wehrdienstsenat des Bundesdisziplinarhofes und an den Wehrbeauftragten.

Zwar wurde daraufhin die Versetzung rückgängig gemacht — die anderen Konter blieben wirkungslos —, gleichzeitig aber wurde der Oberleutnant, der bislang eine Hauptmannsplanstelle ausfüllte, per Dezember ins Wehrbereichskommando VI (München) auf eine Hauptmannsstelle z.B.V. abkommandiert (Anwalt von Buch: „Ein Abstellgleis für Leute, die kurz vor der Pensionierung stehen“), wodurch ihm monatlich 180 Mark Stellenzulage entgingen.

Derart gebeutelt, traf es Dohna nicht mehr unerwartet, daß die Münchner Verwaltungsrichter im Januar dieses Jahres seine Klage abwiesen in der Sorge, seine vorzeitige Entlassung könne die Bundeswehr nur noch bedingt abwehrbereit machen.

Erst als der Dohna-Anwalt argumentierte, der Oberleutnant werde doch — was seine Abstellung beweise — gar nicht gebraucht, und Berufung beim Verwaltungsgerichtshof einlegte, geschah das Unerwartete: Dohna wurde auf eine Hauptmanns-Planstelle gehoben. Nunmehr, so befand die Bundeswehr, sei er „unabkömmlich“.

Das Berufungsurteil freilich wird den Unabkömmlichen nicht mehr treffen: Das Verwaltungsgericht hat den Anwalt des Offiziers wissen lassen, mit einem Rechtsspruch sei voraussichtlich erst in anderthalb Jahren zu rechnen. Dann aber hat Friedrich Graf Dohna seine sechs Zwangsjahre abgedient und kann auch ohne Gerichtsentscheid den grauen Rock ausziehen.